

„Trennung von Arbeitstisch und Gebet“

Bemerkungen zur interorthodoxen Thessaloniki-Erklärung „Bewertung neuer Fakten in den Beziehungen zwischen der Orthodoxie und der ökumenischen Bewegung“

VON ANASTASIOS KALLIS

Man ist von orthodoxen Hierarchen und Theologen in der Ökumene eine klare bzw. harte Sprache gewöhnt, der die Eingeweihten mit einer angemessenen Portion Ironie, zähneknirschend oder auch humorvoll begegnen. Doch in Thessaloniki, zumal als Gäste der Organisation „Thessaloniki – Kulturhauptstadt Europas 1997“, haben die Delegierten aller orthodoxen Kirchen mit ihrer oben genannten Ökumene-Erklärung vom 1. Mai 1998 sich selbst übertroffen und mit ihren übertriebenen Attacken gegen den ÖRK ihn mit einem nicht verdienten Geschenk zu seinem 50jährigen Jubiläum bedacht und mit ihren teilweise falschen Behauptungen der orthodoxen Kirche einen schlechten Dienst erwiesen.

Daß es im ÖRK wie überhaupt in der Ökumene kriselt, pfeifen schon lange die Spatzen von den Dächern und ist auch den verantwortlichen Mitarbeitern dieser inhomogenen Institution bewußt, die sich seit geraumer Zeit dafür eingesetzt haben, daß eine kritische Würdigung seiner Arbeit und seiner Zielsetzung stattfindet.

Der gemeinsame Nenner der Kritikpunkte an dem ÖRK bringt *zwei* Anliegen zum Ausdruck, die durchaus berechtigt sind. Zum einen geht es um die *Entscheidungskriterien für den Eintritt in den ÖRK* und zum anderen um die *Beteiligung der orthodoxen Mitgliedskirchen*. Daß Kirchen, die in der ekklesiologischen Tradition der alten Kirche stehen, sich nicht damit abfinden können, daß sie mit jedweder Gruppe, die sich christlich nennt, in einen Topf geworfen werden, ist nicht Ausdruck eines Exklusivitätsbewußtseins, sondern des Verlangens nach einer gemeinsamen Identität im Grundsätzlichen. Die Mißachtung der Ekklesiologie zugunsten einer quantitativen Fülle des ÖRK, der zu einer Plattform von Gruppeninteressen und Sonder- bzw. sonderbaren Bewegungen umfunktioniert wird, geht zu Lasten seiner Identität und Zielsetzung. Diese Entwicklung tangiert auch die Beteiligung bzw. Mitarbeit der orthodoxen Kirchen, die zwar durch ihre Mitgliedschaft im ÖRK Genf nicht zu einer Art reformatorischen Antipoden

Roms werden lassen, während ihre Anliegen oft nicht die gebührende Beachtung finden und unter ferner liefen bzw. als Voten von Minderheiten dokumentiert werden.

Das kann gewiß nicht so weitergehen. Doch ob dieser unbefriedigende Zustand die im einzelnen artikulierte Kritik in Thessaloniki berechtigt, muß in Frage gestellt werden.

1. Liegt es eigentlich immer in der Uneinsichtigkeit bzw. fehlenden Bereitschaft der anderen, auf die Orthodoxen zu hören, daß orthodoxe Anliegen nicht ernst genommen werden? Selbst auf die Gefahr hin, persönlicher Interessen bezichtigt zu werden, wage ich zu fragen, entsenden die orthodoxen Kirchen zu den Sitzungen und Vollversammlungen des ÖRK immer Theologen, die dem Dialog auf einer solchen Ebene gewachsen sind? Die pauschale Behauptung, nicht gehört zu werden (Thessaloniki-Erklärung, Nr. 9), kommt einer Brückierung so vieler Theologen verschiedener Kircheng Zugehörigkeit gleich, die auf die geistige Erfahrung und die theologische Eigenart der orthodoxen Kirche besonderen Wert legen. Die Lima-Dokumente über „Taufe, Eucharistie und Amt“ sind ein beredtes Beispiel dafür, daß auch Meinungen von orthodoxen Theologen zum Tragen kommen können. Es liegt jedoch eine gewisse Paradoxie vor, wenn in diesen Texten manche im Westen das Einschleichen eines Kryptokatholizismus wittern, während im Osten das Eigene und Gemeinsame darin nicht gebührend gewürdigt bzw. von vielen nicht wahrgenommen wird.

2. Man beklagt sich darüber, orthodoxe Delegierte wären „bei vielen Sitzungen des ÖRK gezwungen, in Diskussionen zu Themen verwickelt zu werden, die ihrer Tradition völlig fremd sind“ (Nr. 9). Mit Bezug auf die VII. Vollversammlung in Canberra 1991 und auf die Sitzungen des Zentralkomitees nach 1992 werden als solche Themen angeführt: die *Interkommunion*, die *inklusive Sprache*, die *Weihe von Frauen*, die *Rechte der sogenannten sexuellen Minderheiten* und *synkretistische Tendenzen*.

Es liegt in der Natur eines dialogischen Forums, daß jeder seine Anliegen zur Sprache bringt und seinen Standpunkt vertritt, in der Hoffnung, daß der dialogische Partner ihn hört, darauf reagiert, ihn zu verstehen versucht, sich auf den Weg macht zu einem gemeinsamen Ziel. Es ist eine hartherzige, der orthodoxen Tradition zuwiderlaufende Haltung, sich den Problemen anderer zu verschließen. Die Mahnung des Apostels Paulus „einer trage des anderen Last“ (Gal 6,2) gilt doch auch für die orthodoxe Kirche.

Die Argumente zur Frage der *Interkommunion* sind schon lange ausgetauscht und die Standpunkte der Kirchen bekannt. Von daher ist ein gewisser Verdruß verständlich, immer wieder damit bedrängt zu werden; doch

reden müssen wir auch darüber, wenn es verlangt wird. Mir ist nicht bekannt, daß jemand hier auf die Orthodoxen Gewalt ausgeübt hat.

Das Anliegen der *inklusiven Sprache*, die auf eine defizitäre Entwicklung im Leben der Kirchen hinweist, nimmt in der Tat oft Formen an, die nicht nur Semantik und Kulturgeschichte ignorieren, sondern den Kern der Theologie berühren.

Paulus und andere neutestamentliche Autoren bezeichnen, indem sie konventionelle Redeweisen ihrer Zeit gebrauchen, das neue Verhältnis der Menschen zu Gott als „Sohnschaft“, ohne damit die Frauen diskriminieren zu wollen. In unserem Denk- bzw. Vorstellungshorizont würde es nicht heißen „ihr seid alle durch den Glauben Söhne Gottes in Christus geworden“ (Gal 3,26), sondern „Söhne und Töchter“ und bei anderen Stellen „Brüder und Schwestern“. Das ist im Text mitzuhören, wenn es unmittelbar darauf heißt, „es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau ...“ (ebd. 28). Und wenn es einer bzw. eine noch ergänzen will, sehe ich die Orthodoxie nicht in Gefahr. Es wäre allerdings schon sprachlich-kulturell aberwitzig, dies auch bei der Übersetzung der Heiligen Schrift durchführen zu wollen.

Wenn sich auch die *Frauenordination* heute auf die Bemühungen um die Gemeinschaft der Kirchen auswirkt, darf die orthodoxe Kirche nicht so apodiktisch sprechen, bevor sie die vielfältigen Dimensionen der Frage untersucht und die Faktoren, die zu der Verfestigung einer bestimmten Tradition geführt haben, nüchtern analysiert hat. Das interorthodoxe Rhodos-Symposium zum Thema „Die Stellung der Frau in der Orthodoxen Kirche und die Frage der Ordination der Frauen“ kann nicht das letzte Wort sein.

Die Rechte von *diskriminierten Minderheiten* wie die Lesben und Schwulen, die es gerade in den orthodoxen Kirchen schwer haben, nicht respektieren zu wollen, ist bezeichnend dafür, daß es Orthodoxen schwer fällt, sich mit tabuisierten Überlieferungen vorurteilsfrei auseinanderzusetzen. Die christliche Barmherzigkeit gebietet es, sich der Anliegen benachteiligter Minderheiten anzunehmen, ohne sie damit idealisieren und zur Norm machen zu müssen.

Der Vorwurf des „*religiösen Synkretismus*“ weist auf zwei extreme Situationen hin: Das Mißtrauen vor jeder Konsensbildung in Grundfragen des Glaubens, das dies als eine Vermischung verschiedener Sachen sehen läßt, und die indifferente Verbindung von Glaubensvorstellungen, die die Bedeutung des christlichen Glaubens relativieren.

3. Die Erklärung erweckt nicht nur den Eindruck, sondern von ihrem Duktus und Inhalt her ist sie in der Tat ein uneinheitliches, dürftiges Doku-

ment der Selbstverteidigung antiökumenischen und fundamentalistischen Gruppen gegenüber, die in einigen orthodoxen Kirchen spalterisch wirken, indem sie den Bischöfen wegen der Beteiligung an der Ökumene Verrat an der Orthodoxie vorwerfen, zumal sie bei der Aufnahme des Ökumenischen Dialogs Ausführungsorgane von Entscheidungen kommunistischer Regime gewesen seien. „Vergangenheitsbewältigung“ bei den orthodoxen Kirchen in den Ländern des ehemaligen realexistierenden Sozialismus hat in einigen Regionen Formen angenommen, die bedrohlich sind. Darauf läßt sich auch der Austritt der Kirche Georgiens aus dem ÖRK und der KEK zurückführen und nicht auf Mißstände im ÖRK, wie die Thessaloniki-Erklärung andeutet (vgl. Nr. 14). Von daher läßt sich fragen, ob dies nicht auch für die Kirchen gilt, die das Thessaloniki-Treffen initiiert haben, Rußlands und Serbiens (Nr. 1), wie überhaupt für alle, die in Thessaloniki als Hardliner auftraten.

Doch es ist weder damit zu rechnen, daß Schismatiker und Fundamentalisten sich von ihrer Verurteilung in Thessaloniki (vgl. Nr. 4) beeindruckten lassen, noch die Beteuerung, niemals hätte ein orthodoxer Vertreter bei der Teilnahme an der Ökumenischen Bewegung die Orthodoxie verraten (Nr. 11), einen Sinneswandel bewirkt, wenn zugleich die falsche Behauptung aufgestellt wird: Die Teilnahme der orthodoxen Kirchen an der Ökumenischen Bewegung sei auf den Entscheidungen ihrer Synoden und auf panorthodoxen Konferenzen gegründet (Nr. 5). Ist das Gedächtnis der Thessaloniki-Delegierten so kurz oder halten sie ihre Adressaten für so unwissend und einfältig? Es dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben, daß in der Zeit des Kalten Krieges die Einladung zur Vollversammlung des ÖRK in Amsterdam im August 1948 durch die Moskauer Konferenz der von Moskau abhängigen orthodoxen Kirchen (Juli 1948) auf Geheiß Stalins und seiner Genossen abgelehnt wurde, da es sich um ein Machtinstrument politischer und kirchenpolitischer Interessen des Protestantismus handele (Moskauer Resolution IV), während 1961 nach dem Willen Chruschtschows und seiner Mitstreiter die orthodoxen Kirchen des ehemaligen „Ostblocks“ bei der III. Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi als Mitglieder auftraten. Wäre es eine Schande, sich dazu zu bekennen, auf die Unzulänglichkeiten und Widrigkeiten der Zeiten hinzuweisen, die manche Entscheidung als unausweichlich oder besonnen zum Wohl des Kirchenvolkes oder vielleicht aus Kleinmut bedingten? Es ist schließlich beschämend zu sehen, wie die Arbeit der Orthodoxen im ÖRK begründet wird, indem er als ein Forum hingestellt wird, auf dem orthodoxe Positionen durchgesetzt und „Profite vorangetrieben werden“ konnten (Nr. 8).

4. Bevor man sich vom ÖRK in dieser massiven Art distanziert und mit dem Austritt droht für den Fall, daß „die Strukturen des ÖRK nicht radikal geändert werden“ (Nr. 14), sollte man zumindest um der Glaubwürdigkeit willen einen Ansatz der Selbstkritik wagen, ohne die weder Vergangenheitsbewältigung noch Dialog möglich sind. Dies gilt nicht nur für die Kirchen des ehemaligen sozialistischen Lagers, sondern für alle orthodoxen Kirchen, die dazu neigen, sich zum Maß aller Dinge zu erklären, ohne ihre konkrete Realität zur Kenntnis zu nehmen, die ihre Prinzipien und Ideale Lüge strafen. Wird diese selbstgenügsame Mentalität nicht abgelegt, kann auch die Arbeit der vorgeschlagenen „Gemischten Theologischen Kommission unter Beteiligung von orthodoxen Vertretern und Vertretern des ÖRK“ (Nr. 16) keine Früchte tragen, wenn ihr Ergebnis wie die Thessaloniki-Erklärung primär als Argumentationshilfe gegen die Fundamentalisten gelten sollte, die sich nur mit dem Austritt der orthodoxen Kirchen aus der Ökumene zufriedengeben würden. Wollte man – nebenbei bemerkt – den Wortlaut der Erklärung, der es vielfach an logischer Sorgfalt mangelt, genau nehmen, müßte man die orthodoxen Kirchen als außerhalb des ÖRK stehend ansehen.

5. Zwar haben sich nicht die Kirchen durchgesetzt, die für die Entsendung von Beobachtern zu der VIII. Vollversammlung des ÖRK nach Harare/Simbabwe plädierten, doch die Entscheidung bzw. die Bitte des Thessaloniki-Treffens an die orthodoxen Kirchen, offizielle Delegierte zu entsenden (Nr. 13), kommt dem Schein einer Gemeinschaft gleich wie die „Trennung von Tisch und Bett“ im römisch-katholischen Eherecht, die das Aufgeben der Lebensgemeinschaft bedeutet. Sie gehen zwar nach Harare, doch sie wollen abseits des Geschehens bleiben, wenn sie nur in Notfällen „die orthodoxen Positionen und Meinungen vorstellen“, während sie an Abstimmungen in der Regel nicht teilnehmen werden (Nr. 13 d). Die Distanzierung geht so weit, daß sie „nicht an ökumenischen Gottesdiensten, gemeinsamen Gebeten, Gottesdiensten und anderen religiösen Zeremonien während der Versammlung teilnehmen“ wollen (Nr. 13 c). Wenn es so ist, worin besteht eigentlich ihre Teilnahme an einer Vollversammlung, die doch als Ganzes eine „religiöse Zeremonie“ ist? Sie erachten nach wie vor „die Fortführung der Beteiligung der orthodoxen Kirche in den verschiedenen Formen der zwischenchristlichen Zusammenarbeit“ als „unerläßlich“ (Nr. 6), doch sie wollen an diese Arbeit herangehen ohne Gebet. In dieser grundsätzlich-absoluten Art kann man nicht nur Christen, sondern gläubige Menschen überhaupt nicht von dem Anliegen einer differenziert-qualifizierten Beteiligung an ökumenischen Gottesdiensten überzeugen. Für jeden gläubigen Menschen beginnt der Tag und die Arbeit mit Gebet und geht

auch zu Ende in der Hoffnung, daß Gott die Sonne wieder aufgehen läßt und ein neuer Tag beginnt. Deswegen kann es auch keine gemeinsame Arbeit ohne gemeinsames Gebet geben. „Denn hier hat das Sprichwort recht: Einer sät, und ein anderer erntet“ (Joh 4,37).

In diesem Bewußtsein und in der Überzeugung, daß das Werk der Einheit der Kirchen und die Gemeinschaft der Menschen Gottes Wille ist, sollen sich die orthodoxen Kirchen von fundamentalistischen Strömungen in den eigenen Reihen nicht einschüchtern lassen, sondern unbeirrt ihrer Sendung und Aufgabe in der Welt entsprechen, damit die Welt glaubt, daß ihr Zeugnis und ihre Haltung der Ökumene gegenüber Gehorsam gegenüber dem Willen Gottes und nicht Rechtfertigung vor Menschen ist.

Aus „Orthodoxie aktuell“ 6-7/1998, 2-5

Die Afrikanischen Unabhängigen Kirchen (AUK) und die Ökumene

VON MICHAEL BERGUNDER

1. Entstehung der AUK

Vor reichlich 100 Jahren gründeten afrikanische Christen zum ersten Mal südlich der Sahara eigene und unabhängige Kirchen. Allerdings geschah das nicht nach den Vorstellungen der westlichen Missionsgesellschaften, die im 19. Jahrhundert große Anstrengungen unternommen hatten, um die christliche Botschaft in Afrika bekannt zu machen und die Bibel in die einheimischen Sprachen zu übersetzen. Obwohl bei diesen Missionsgesellschaften zu Ende des 19. Jahrhunderts verstärkt Überlegungen einsetzten, wie und ob man die Afrikaner, die sich zum Christentum bekehrt hatten, in die kirchliche Selbständigkeit entlassen könnte, sah man bei der Umsetzung keine besondere Eile geboten, war doch Afrika politisch und ökonomisch fest in der Hand westlicher Kolonialmächte.

Viele Afrikaner warteten jedoch nicht, bis die Missionsgesellschaften sich über Bedingungen und Auflagen geeinigt hatten, unter denen man bereit war, ihnen die volle Unabhängigkeit zu geben. Aufgrund von Unstimmigkeiten mit weißen Missionaren begannen sie zu Ende des 19. Jahrhunderts vielerorts, die Missionskirchen zu verlassen und eigene Afrikanische Unabhängige Kirchen (AUK) zu gründen. Damit wurde eine Entwicklung einge-